

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Leipzig,  
Hafen & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Baukonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

**Druckpreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7,25 M., Einzelnummer 20 Pf.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 281.  
**Sprechstunde** nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
**Verlagsstelle:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 281.  
**Verlagszeit** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 9 gespaltene Nonpareilzeile 1,90 M., Familienanzeigen 1,30 M., die 9 gespaltene Nonpareilzeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 20 Pf.

Nr. 139

Dresden, Sonnabend den 19. Juni 1920

31. Jahrg.

## Ein Manifest der Lüge

Die U.-S.-P.-Leute bekommen es mit der Angst zu tun. Es kommt ihnen immer mehr zum Bewußtsein, daß viele von den Arbeitern, die sich bei den Wahlen haben von ihnen eintragen lassen, mit ihrer jetzigen Haltung nicht zufrieden sind, daß sie es nicht begreifen, wie in einer demokratischen Republik eine Partei, die über so viele Mandate verfügt, es gewagt fanatisch ablehnen kann, die ihr durch die Wahlen verleierte Macht auch auszunutzen. Deswegen verfaßt das Zentralkomitee der U.-S.-P. in einer drei Spalten langen größtenteils fettgedruckten Erklärung das Verhalten der Partei zu rechtfertigen. Weitern ist in untrer Zeitung ein Auszug aus dieser Erklärung wiedergegeben worden, der schon zeigt, daß die U.-S.-P.-Leute, die eine so große Abneigung gegen praktische Arbeit haben, dafür um so stärker sind, wenn es gilt, möglichst viel hohle Phrasen zu produzieren. Im übrigen wird das Zentralkomitee der U.-S.-P. die Unzufriedenen in den eigenen Reihen dadurch zu befähigen, daß es ihnen eine Fülle der größten Lügen und Entstellungen vorlegt. Es heißt z. B. in der Erklärung:

Die Koalitionsregierungen, die seit November 1918 in Deutschland ihre Kräfte und Fähigkeiten versucht haben, vermochten nicht das Volk aus seinem Elend herauszuführen. Was die Arbeiter und Soldaten in den ersten Novemberbestanden des Jahres 1918 an revolutionären Erwartungen erlangt hatten, ist durch die Schuld der Koalitionsregierungen Stück um Stück bis auf wenige Reste beseitigt worden. Die Arbeiterklasse wurde enttäuscht, die Reaktion bismarckist. An Stelle der Sozialisierung haben wir die Einführung der Affordarbeit, die Verletzung des Arbeitsvertrages, die Behinderung des Koalitionsrechts für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die aber revolutionäre Steuerpolitik mit ihren indirekten Steuern, Vermögenssteuern, Pollen und Liebesgaben an die Schwerindustrie und Großkapitalisten wurden nicht nur nicht eingeschränkt, aber gar befestigt, sondern noch weiter ausgebaut. Den Arbeitern und Angestellten sollen sogar regelmäßig 10 Prozent vom Lohn und Gehalt abgezogen werden. Der Unternehmer wird durch die Steuerentlastung. Der Lebensmittelwucher darf sich noch mehr ausbreiten. In der Schule sind die Kinder der Heimat einer reaktionären Erziehung nach wie vor ausgeliefert. Polizei, Klassenjustiz und Militarismus bedrücken nach wie vor besonders die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes.

Die U.-S.-P.-Leute konstatieren zunächst die freilich nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Koalitionsregierung das deutsche Volk noch nicht aus seinem Elend herausgeführt habe. Es ist bezeichnend für die gewissenlose Demagogie der U.-S.-P.-Leute, daß sie so tun, als wenn sie das Rezept in der Tasche hätten, um dem durch den Krieg aufs schwerste erschöpften und durch die barren Friedensbedingungen ausgereizten deutschen Volk im Handumdrehen aus seiner Not zu helfen. Sie haben wahrlich das ihrige getan, um der Koalitionsregierung ihre Aufbaubarkeit zu erschweren. Sie haben jene törichte Falschpolitik begünstigt, die so schwere Störungen unseres Wirtschaftslebens zur Folge gehabt und die Not der Massen vergrößert hat. Ohne jedes Verantwortungsgefühl haben sie den Massen Unerschwingliches vorgeschrieben und das ist ja auch der Grund dafür, daß sie sich jetzt von der Teilnahme an der Regierung fernhalten. Sie wissen, daß sie all das nicht erfüllen können, was sie der Arbeiterschaft versprochen haben.

Eine Lüge ist es, wenn in der Erklärung des Zentralkomitees der U.-S.-P. behauptet wird, daß während der Koalitionsperiode die Errungenschaften der Revolution beseitigt worden seien. Wenn die Reaktion wieder in so hohem Maße eskaliert und besonders in untrer besprochenen Maßnahmen so großen Einfluß erlangte, so ist es nicht zum geringsten die Schuld der Unabhängigen. Nur weil sie den Radikalismus unterstützten, war die schnelle Aufstellung einer einseitigen Politik notwendig und eine genügend sorgfältige Sichtung der Meinungen und Offiziere nicht möglich. Außerdem haben ja gerade die Herren von der U.-S.-P. alles getan, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft Waffen in die Hände bekam. Wer war es, der den Arbeitern immer wieder zurief: Tretet nicht in die Reichswehr ein! Tretet nicht in die Einwohnerwehr ein! Was waren die Leute von der U.-S.-P. und jetzt schimpfen sie darüber, daß die Arbeiterschaft enttäuscht worden ist!

Eine Unwahrheit ist es auch, wenn die U.-S.-P.-Leute so tun, als ob sie in dieser kurzen Zeit hätten viel sozialisieren können. Das nicht im Widerspruch mit den Erklärungen, die wir so oft von den U.-S.-P.-Leuten gehört haben. Auch diese haben doch immer wieder gesagt, daß nur allmählich zum Sozialismus fortgeschritten werden könne. Und wenn die Herren vom Zentralkomitee der U.-S.-P. von der Einführung der Affordarbeit reden, so man daran erinnert werden, daß nicht nur ein Mann wie Bismarck für die Affordarbeit eintrat, sondern auch die russischen Vorbilder untrer Unabhängigen, die Lenin und Trotzki, die Affordarbeit einführten haben. In der Erklärung des Zentralkomitees wird auch nicht gesagt, wo denn eigentlich der Sozialismus verlohren nicht gekam. Uns ist nur bekannt, daß die Regierung für eine Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau eingetreten ist. Dort wurde aber nicht 9 Stunden, sondern nur 7 Stunden gearbeitet, und die Regierung hätte auch diese Arbeitsverhältnisse nicht beibehalten sollen, wenn es nicht auf die Förderung nicht beibehalten gelautet, wenn es nicht auf die Vermehrung der Kohlenproduktion, die sich auf andre Weise nicht erreichen ließe, viele Hunderttausende von Arbeitern vor Arbeitslosigkeit, Hunger und Kälte zu schützen.

Schließlich ist auch die Behauptung, daß die Regierung einseitig das alte Steuerinkommen wieder eingeführt habe. Wir nach das alte Steuerinkommen, die den Großkapitalisten in den oberen Klassen die Hälfte ihres Vermögens und Einkommens nehmen. Die widerwärtige Tendenz der Unabhängigen zeigt sich auch darin, daß sie nicht auf den schmerzhaften Weg der Vermögensverluste, es dabei aber verhindern, daß schließlich die Einkommensteuern, die der Arbeiter nach den neuen

## Generalstreik in der Pfalz

In der Pfalz haben die Gewaltmaßnahmen der Franzosen zum offenen Konflikt zwischen der Bevölkerung und den Besatzungsbehörden geführt. Gestern noch, morgens zwischen 4 und 5 Uhr, fanden neue Verhaftungen von Arbeiterführern in Ludwigshafen statt, deren Opfer der Arbeitersekretär Kaufherr, der Metallarbeiterverbandsbeamte Fischer und der Eisenbahnerverbandsbeamte Baum, der Führer der Unabhängigen, geworden sind. In Autos wurden sie hinweggeführt aus der Stadt, in die bald darauf eine größere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren einrückte. Ein Säulenanschlag begründete die Verhaftungen mit Spionagefähigkeit und Vorbereitungen zu einem Aufstand gegen die Besatzungsarmee; schon tags zuvor stand ein ähnlicher Unfug als Bekanntmachung der hohen Interalliierten Kommission in den Ludwigshafener Blättern. Dort hieß es, die Verhafteten hätten allseitige Wachensachen des „Heimatdienstes“ geklaut und gefördert. Wie töricht diese Behauptung von „alldeutschen Untrieben“ der genannten Behörde ist, geht ohne weiteres schon daraus hervor, daß die Angestellten dieser Organisation zum größeren Teil der U.-S.-P., zum kleineren den Demokraten und dem linken Flügel des Zentrums angehören. Grogger z. P., in der französischen Bekanntmachung geradezu als „alldeutscher Agitator“ bezeichnet, war sozialdemokratischer Parteisekretär. Die Verdrehen der zuletzt festgenommenen, auch des Unabhängigen Baum, bestanden an sich darin, daß diese Männer in Besprechungen Einspruch erhoben gegen die Willkürmaßnahmen der Besatzungsbehörden.

Arbeiter und Angestellte haben nun als Antwort auf den Übergriff der Franzosen beschlossen, in den Generalstreik, dessen Ausbruch sie angesündigt hatten, falls die fremden Behörden den Weg der Bergamantierung weiter beschritten, zu treten. In einer Kundgebung erklären die Arbeiter und Angestellten in Ludwigshafen, daß sie zu dem Mittel des Generalstreiks greifen, um die Aufmerksamkeit nicht nur Deutschlands, sondern auch der ganzen Welt auf die durch die französische Besatzung geschaffenen unerträglichen Verhältnisse in der Pfalz zu richten. In dem von dem Aktionsausschuss der pfälzischen Arbeiter und Angestellten erlassenen Aufruf an die Bevölkerung heißt es weiter, daß die neuerlich ohne zureichenden Grund vorgenommenen Verhaftungen dreier Arbeiterführer einen so schweren Eingriff in die persönliche Freiheit der pfälzischen Bevölkerung darstellen, daß diese beratige Maßnahmen nicht ohne schärfsten Protest hinnehmen könne.

Der französische Platzkommandant erklärt seinerseits in einem Plakat, daß er jedwede Unruhe mit Waffengewalt unterdrücken werde.

## Protest der elsass-lothringischen Beamtenerschaft

Strasbourg, 19. Juni. Die Eisenbahn- und Postbeamten sowie die übrigen Staatsbediensteten Elsaß-Lothringens haben nachdrücklich Protest erhoben gegen den Beschluß des französischen Ministerrats, wonach den Beamten nicht nur das Streikrecht, sondern auch das Koalitionsrecht abgenommen wird. Die

Streikgeboten zahlen muß, im allgemeinen nicht höher sind als die, die er nach den bisherigen Steuerregeln zahlen mußte und daß auch sehr viele Arbeiter, nämlich alle, die eine größere Familie haben, einen erheblichen Teil der ihnen durch den Unternehmer abgezogenen Beträge wieder herausgeholt bekommen. Das Zentralkomitee der U.-S.-P. befragt sich darüber, daß der Lebensmittelwucher nicht beseitigt ist, es läßt sich aber zu sagen, was eigentlich ihr Ursprung war, der monatliche Staatssekretär im Reichsernährungsamt war, gelant hat, um den Lebensmittelwucher aus der Welt zu schaffen.

Unwahr ist auch die Behauptung, daß in der Schule die Kinder der Heimat einer reaktionären Erziehung ausgeliefert seien. In der Reichsverfassung ist ausdrücklich festgesetzt, daß keine Kinder gegen den Willen der Eltern an Religionsunterricht teilzunehmen brauchen und im größten Teil von Deutschland kann sicher heute von einer Herrschaft der Kirche über die Schule nicht mehr die Rede sein. Schon weil sich die Lehrer derartige nicht gefallen lassen und auch nicht gefallen zu lassen brauchen. Aber was kommt es den U.-S.-P.-Leuten auf die Wahrheit an. Sie müssen ja lügen, sie müssen entstellen!

## Selbstauskultung oder Bürgerkrieg

In der Erklärung wird gefragt, was könnten unabhängige sozialdemokratische Minister auf dem Gebiet des Sozialismus, auf dem Gebiet der Enteignung des Großkapitalismus, was könnten diese Minister tun für die Entlohnung der Gegenwart, für die Erwerbstätigen der Arbeiterklasse und Betriebsräte, wenn eben die Mehrheit der Minister Verleeder und Selbstverleiber der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft seien. Es wäre die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Herrschaft Unabhängigen, doch erst einmal zu versuchen, ob sie etwas ausrichten können. Sie sollen doch erst einmal Vorschläge machen, die den Weg zu einer baldigen Erfüllung ihrer Ziele weisen, und wenn sie mit ihren Vorschlägen nicht durchkommen, dann können sie jederzeit wieder aus der Regierung austreten.

In dem Aufruf wird dann weiter erklärt, daß sogar die Wohlhabenden in einer Koalitionsregierung der U.-S.-P. mit den Sozialisten nicht in Betracht käme, weil die Sozialisten Anhänger der Politik der Arbeitsgemeinschaften seien, die der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen, und weil die Sozialisten an der formalen Demokratie und an der Koalitionspolitik festhielten. Erst müssen sich die Rechts-

weisen darauf hin, daß das französische Joch dem Begriff der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kein Recht.

## Frank oder Mart?

Saarbrücken, 19. Juni. Gestern vormittag fand auf der Bergverwalterkonferenz Saarbrücken zwischen Vertretern der französischen Bergverwaltung und der Beamten- und Angestelltenvereine eine Besprechung statt. Die französische Bergverwaltung erklärte, ihre Regierung habe ihr den Befehl erteilt, vom 1. Juli an die Frankrechnung einzuführen. Dementsprechend würde man auch die Beamten und Angestellten von diesem Tage an in Frank auszahlen. Eine bereits vorgelegte Besoldungstabelle in Frank wurde den Vertretern bekanntgegeben.

Die Vertreter der Beamten und Angestellten legten gegen diese Maßnahme scharfen Protest ein und sprachen der Verwaltung jedes Recht ab, beratige Maßnahmen zu treffen. Sie erklärten, daß sie auf Grund der vereinbarten Besoldung in Frank in ihren Dienst einzutreten seien und die Verwaltung rechtlich die Verpflichtung habe, dabei zu bleiben. Die Vertreter erklärten weiter, über diese grundsätzliche Frage nicht verhandeln zu können. Sie müßten wenigstens acht Tage Zeit haben, um mit der Verantwortlichkeit Rücksprache zu nehmen. Darauf wurde die Besprechung einvernehmlich beendet.

## Neueste Telegramme

### Ein Kabinett Stresemann?

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 19. Juni. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, wird vermutlich das Kabinett durch die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten gebildet werden.

### Die Spatenkonferenz endlich festgesetzt?

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 19. Juni. Die Konferenz in Spa findet nicht am 20. Juni statt, sondern soll nunmehr endgültig auf den 10. Juli festgesetzt sein.

### Die polnische Kabinettskrise

Warschau, 19. Juni. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Jan Bessif hat den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten.

### Vollstimmung über den Frieden

Washington, 19. Juni. (Neuermeldung.) Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding hat Präsident Wilsons Berufungsbotschaft, den Friedensvertrag der Abstimmung des amerikanischen Volkes zu unterwerfen, angenommen. Er sagte, es sei sicher, daß die Haltung der Republikaner in der Frage der auswärtigen Beziehungen Amerika von der überwindend größten Mehrheit im Volke unterstützt werden wird.

### Großfeuer bei Strupp

Essen, 19. Juni. Gestern Abend kurz vor 9 Uhr brach in der Struppischen Holzbaracke an der Kochstraße Großfeuer aus, das sämtliche Baracken zwischen der Koch- und Struppstraße vernichtete. Ein Teil der Baracken wurde von der Stadt als Kranzengrundstück benutzt. Ob die zahlreichen dort untergebrachten Kranzengrundstücke teilweise zerstört wurden, war bis zur Stunde noch nicht festzustellen.

Sozialisten zu einem Programm der revolutionären Sozialismus befähigen, ohne dem Gedanken einer Koalition mit den Rechtssozialisten nähergetreten werden könne. Also erst, wenn die ganze rechtssozialistische Partei in das unabhängige Wahlkampfgebiet eintritt, soll sie als würdig angesehen werden, Koalitionspartner der U.-S.-P. zu werden. Dabin wird es natürlich nie kommen.

In der Erklärung versichert das Zentralkomitee der U.-S.-P., daß ihre Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments in entschiedener Kampfstellung gegen die kapitalistische Regierung stehen werde. Was aber ist mit einer solchen papiernen Kampfanlage der deutschen Arbeiterschaft gebient? Die U.-S.-P.-Leute legen uns in ihrem Aufrufe nicht, was sie eigentlich tun wollen, um wirklich für das proletarische neue Errungenschaften zu erkämpfen. Solange sie sich auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit bewegen wollen, schalten sie sich durch ihr Verhalten selbst aus und es ist wirklich nicht ihr Verdienst, wenn nicht jetzt schon die Reaktion sich wieder in den Sattel setzt. Bis aber die Unabhängigen allein eine Mehrheit im Parlament haben und auf diese Weise ihre Ziele durchsetzen können, dürfen auch im besten Falle Jahre der geistigen Abstinenzpolitik der U.-S.-P. zum Schaden des deutschen Proletariats die Stoßkraft der deutschen sozialistischen Bewegung aufs Äußerste geschwächt. Will aber die U.-S.-P. andere Kampfmittel ergreifen als die die die gesetzlichen Einrichtungen der Demokratie der Arbeiterschaft geben, so bleibt ihr nur eine Last, die mit Notwendigkeit zum Bürgerkrieg und damit zur Zerstörung unseres Wirtschaftslebens und zu einer immer größeren Verelendung des deutschen Volkes führt. Eine solche Last muß über kurz oder lang der Reaktion zum Siege verhelfen.

Das jetzige Verhalten der U.-S.-P. setzt nur, wie recht wir hatten, als wir darauf verwiesen, daß die Unabhängigen die besten Schritte machen der Reaktion sind. Deswegen bleibt nichts anderes übrig als scharfster Kampf gegen die unabhängige Sozialdemokratische Partei im Interesse der Demokratie im Interesse des Sozialismus, so dringend es auch ist, daß sich die deutschen Arbeiter im Bruderkampf verteidigen zu einer Zeit, wo ein geldloses Land dem deutschen Proletariat so dringend not tate und uns der Erfüllung unserer sozialistischen Ziele ein gutes Stück näher bringen könnte.